



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Kommission für Umwelt,
Raumplanung und Energie
des Nationalrats
Bundeshaus
3003 Bern

16.498 n Pa. Iv. Badran Jacqueline. Unterstellung der strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft unter die Lex Koller; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. November 2021 haben Sie uns eingeladen, zur obigen Vorlage Stellung zu nehmen. Der Kanton Uri unterstützt die gemeinsame Stellungnahme der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK), bestehend aus den Kantonen Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Appenzell Innerrhoden, Graubünden, Tessin und Wallis, vom 2. Dezember 2021.

Die RKGK lehnt in ihrer Antwort unterschiedliche Regelungen einerseits für den Erwerb von strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft und andererseits für eine breite Investitionskontrolle in verschiedenen Sektoren, darunter auch im Bereich Energie, ab. Sie verlangt ein Vorgehen, welches die Grundsatzfrage beantwortet, ob Massnahmen zum Investitionsschutz überhaupt nötig sind, und für den Fall, dass ein Investitionsschutz befürwortet werden sollte, auch eine Aussage bezüglich des letztlich anzuwendenden Modells zulässt.

Der Kanton Uri unterstützt den Antrag der RKGK:

- a) die mit der Pa. Iv. 16.498 beabsichtigte Revision des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (nachfolgend: Revision BewG) zu sistieren;
- b) die Vorlage zur Umsetzung der Motion 18.3021 Rieder Beat «Schutz der Schweizer Wirtschaft

- durch Investitionsschutzkontrollen» (nachfolgend «Motion Rieder») abzuwarten und in Vernehmlassung zu geben;
- c) danach den Grundsatzentscheid zu fällen, ob überhaupt ein Investitionsschutz einzuführen ist und gegebenenfalls nach welchem Modell.

Für den Fall, dass den vorstehenden Anträgen der RKGK keine Folge gegeben werden sollte, gilt es die Lage neu zu beurteilen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 25. Januar 2022



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urban Camenzind

Roman Balli